

FRIEDHOFSORDNUNG

Aufgrund der §§ 12 Abs. 2; 13 Abs. 1, 15 Abs. 1, 39 Abs. 2 und 49 Abs. 3 Nr. 2 des Bestattungsgesetzes in Verbindung mit den §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 15. Dezember 2025 folgende Satzung beschlossen:

Inhaltsübersicht:

Abschnitt I **Allgemeine Vorschriften**

- § 1 Widmung

Abschnitt II: **Ordnungsvorschriften**

- § 2 Öffnungszeiten
- § 3 Verhalten auf dem Friedhof
- § 4 Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof

Abschnitt III: **Bestattungsvorschriften**

- § 5 Allgemeines
- § 6 Särge und Urnen
- § 7 Ausheben von Gräbern
- § 8 Ruhezeit
- § 9 Umbettungen

Abschnitt IV: **Grabstätten**

- § 10 Allgemeines
- § 11 Reihengräber
- § 12 Wahlgräber
- § 12 a Urnenreihen- und Urnenwahlgräber; Urnenwand
- § 12 b Wiesengräber und Wiesenurnengräber
- § 12 c Rebenurnengräber
- § 12 d Urnenbaumgrabfelder
- § 12 e Anonyme Urnengräber

Abschnitt V: **Grabmale und sonstige Grabausstattungen**

- § 13 Allgemeine Gestaltungsvorschriften
- § 14 Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften
- § 15 Genehmigungserfordernis
- § 16 Standsicherheit
- § 17 Unterhaltung
- § 18 Entfernung

Abschnitt VI: **Herrichten und Pflege der Grabstätte**

- § 19 Allgemeines
- § 20 Vernachlässigung der Grabpflege

Abschnitt VII: **Benutzung der Leichenhalle**

- § 21 Benutzung der Leichenhalle

Abschnitt VIII: **Haftung, Ordnungswidrigkeiten**

- § 22 Obhut- und Überwachungspflicht; Haftung
- § 23 Ordnungswidrigkeiten

Abschnitt IX: **Übergangs- und Schlussvorschriften**

- § 24 Alte Rechte
- § 25 Inkrafttreten

Abschnitt 1 Allgemeine Vorschriften

§ 1 Widmung

- (1) Der Friedhof ist eine öffentliche Einrichtung der Gemeinde. Er dient der Bestattung verstorbener Gemeindeglieder und der in der Gemeinde verstorbenen oder tot aufgefundenen Personen ohne Wohnsitz oder mit unbekanntem Wohnsitz Verstorbener, sowie für Verstorbene, für die ein Wahlgrab nach § 12 zur Verfügung steht. Der Friedhof dient auch der Bestattung von Totgeburten, Fehlgeburten und Ungeborenen, falls ein Elternteil Einwohner der Gemeinde ist. In besonderen Fällen kann die Gemeinde die Bestattung anderer Verstorbener zulassen.
- (2) Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften über die Bestattung auch für die Beisetzung von Aschen.
- (3) Das Gemeindegebiet wird in folgende Bestattungsbezirke eingeteilt:
 - a) Bestattungsbezirk des Friedhofs Ihringen; er umfasst das Gebiet Ihringen;
 - b) Bestattungsbezirk des Friedhofs Wasenweiler; er umfasst das Gebiet Wasenweiler.

Die Verstorbenen sind auf dem Friedhof des Bestattungsbezirks zu bestatten bzw. beizusetzen, in dem sie zuletzt ihren Wohnsitz hatten, sofern sie nicht bei ihrem Tod ein Recht auf Bestattung bzw. Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte eines anderen Friedhofs hatten. Die Gemeinde kann Ausnahmen zulassen.

Abschnitt 2 Ordnungsvorschriften

§ 2 Öffnungszeiten

- (1) Der Friedhof darf nur während der bekanntgegebenen Öffnungszeiten betreten werden.

Monate April bis August – jeweils von 07:00 bis Einbruch der Dunkelheit
Monate September bis März – jeweils von 08:00 bis Einbruch der Dunkelheit
- (2) Aus Gründen der Sicherheit und Rücksichtnahme dürfen die Friedhöfe in Ihringen und Wasenweiler mit Eintritt der Dunkelheit, unabhängig von den in Absatz 1 genannten Zeiten, nicht genutzt werden.
- (3) Die Gemeinde kann das Betreten des Friedhofs oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass untersagen.

§ 3

Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jeder hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten.
Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen.
- (2) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet:
 - a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren, ausgenommen Kinderwagen und Rollstühlen sowie Fahrzeugen der Gemeinde und der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden,
 - b) während einer Bestattung oder einer Gedenkfeier in der Nähe Arbeiten auszuführen,
 - c) den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigterweise zu betreten,
 - d) Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde,
 - e) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern,
 - f) Waren und gewerbliche Dienste anzubieten,
 - g) Druckschriften zu verteilen.

Ausnahmen können zugelassen werden, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm zu vereinbaren sind.

- (3) Totengedenkfeiern auf dem Friedhof bedürfen der Zustimmung der Gemeinde.
Sie sind spätestens vier Tage vorher anzumelden.

§ 4

Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof

- (1) Bildhauer, Steinmetze, Gärtner und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für die Tätigkeit auf dem Friedhof der vorherigen Zulassung durch die Gemeinde. Sie kann den Umfang der Tätigkeiten festlegen.
- (2) Zugelassen werden nur solche Gewerbetreibende, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind. Die Gemeinde kann für die Prüfung der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit geeignete Nachweise verlangen, insbesondere dass die Voraussetzungen für die Ausübung der Tätigkeit nach dem Handwerksrecht erfüllt werden.

Die Zulassung erfolgt durch Ausstellung eines Berechtigungsscheines; dieser ist den aufsichtsberechtigten Personen der Gemeinde auf Verlangen vorzuzeigen. Die Zulassung wird auf 10 Jahre befristet.

- (3) Die Gewerbetreibenden und ihre Beauftragten haben die Friedhofsatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten.
- (4) Die Gewerbetreibenden dürfen die Friedhofswege nur zur Ausübung ihrer Tätigkeit und nur mit geeigneten Fahrzeugen befahren. Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend oder nur an den dafür bestimmten Stellen gelagert werden. Bei Beendigung der Arbeit sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in den früheren Zustand zu bringen.

- (5) Gewerbetreibenden, die gegen die Vorschriften der Absätze 3 und 4 verstoßen, oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, kann die Gemeinde die Zulassung auf Zeit oder Dauer zurücknehmen oder widerrufen.
- (6) Das Verfahren nach Abs. 1 und 2 kann über einen Einheitlichen Ansprechpartner im Sinne des Gesetzes über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg abgewickelt werden; § 42a und §§ 71a bis 71e des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes in der jeweils geltenden Fassung finden Anwendung.

Abschnitt 3 **Bestattungsvorschriften**

§ 5 **Allgemeines**

- (1) Bestattungen sind unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Gemeinde anzumelden. Wird eine Bestattung in einer früher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, so ist auf Verlangen der Gemeinde das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (2) Ort und Zeit der Bestattung werden von der Gemeinde festgesetzt. Wünsche der Hinterbliebenen und der Geistlichen werden nach Möglichkeit berücksichtigt.

§ 6 **Särge und Urnen**

- (1) Särge dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Sind in besonderen Fällen größere Särge erforderlich, so ist die Zustimmung der Gemeinde einzuholen.
- (2) Särge, Sargausstattungen sowie Urnen müssen aus leicht abbaubarem, umweltfreundlichem Material bestehen, sodass sie sich während der Ruhezeit im Erdboden zersetzen.
- (3) Urnen bzw. Überurnen dürfen höchstens 0,3 m hoch sein und einen Durchmesser von 0,24 m nicht überschreiten, soweit nichts anderes in dieser Satzung geregelt ist.

§ 7 **Ausheben der Gräber**

- (1) Die Gemeinde lässt die Gräber ausheben und zufüllen. Sie ist berechtigt, Dritte hiermit zu beauftragen.
- (2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.

§ 8 Ruhezeit

- (1) Die Ruhezeit der Verstorbenen, die in einem Sarg bestattet werden, beträgt 25 Jahre. Dies gilt auch für Kinder die vor Vollendung des 10. Lebensjahres verstorben sind. Die Ruhezeit der Aschen (Urnen) beträgt 15 Jahre.

In Grabstätten, in denen mehrere Urnen bestattet werden können, kann nach Ablauf der Grableufzeit eine Verlängerung beantragt werden. Aufgrund dieser Möglichkeit erfolgt die Bestattung der Aschen in getrennten Reihen.

- (2) Die gesetzlich vorgeschriebene Mindestruhezeit von 15 Jahren, abweichend von Absatz 1, tritt in Kraft, wenn:

- a) die Grabstätte über ein Jahr nicht mehr ordnungsgemäß gepflegt wurde,
- b) keine Angehörigen mehr da sind.

In beiden Fällen fällt der Grabplatz entschädigungslos an die Gemeinde zurück.

§ 9 Umbettungen

- (1) Umbettungen von Verstorbenen und Aschen bedürfen, unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Gemeinde. Bei Umbettungen von Verstorbenen wird die Zustimmung nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, in den ersten 8 Jahren der Ruhezeit nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses oder eines besonderen Härtefalls erteilt. Umbettungen aus einem Reihengrab in ein anderes Reihengrab oder aus einem Urnenreihengrab in ein anderes Urnenreihengrab sind innerhalb der Gemeinde nicht zulässig. Die Gemeinde kann Ausnahmen zulassen. Nach Ablauf der Ruhezeit aufgefundene Gebeine (Überreste von Verstorbenen) und Urnen mit Aschen Verstorbener dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der Gemeinde in belegte Grabstätten umgebettet werden.
- (2) Umbettungen erfolgen nur auf Antrag. Antragsberechtigt ist bei Umbettungen aus einem Reihengrab oder einem Urnenreihengrab der Verfügungsberechtigte, bei Umbettungen aus einem Wahlgrab oder einem Urnenwahlgrab der Nutzungsberechtigte.
- (3) In den Fällen des § 20 Abs. 1 Satz 3 und bei Entziehung von Nutzungsrechten nach § 20 Abs. 1 Satz 4 können aufgefundene Gebeine (Überreste von Verstorbenen) und Urnen mit Aschen Verstorbener, deren Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, von Amtswegen in ein Reihengrab oder in ein Urnengrab umgebettet werden.
Im Übrigen ist die Gemeinde bei Vorliegen eines zwingenden öffentlichen Interesses berechtigt, Umbettungen vorzunehmen.
- (4) Die Umbettungen lässt die Gemeinde durchführen. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung.
- (5) Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und an Anlagen durch eine Umbettung entstehen, haben die Antragsteller zu tragen, es sei denn, es liegt ein Verschulden der Gemeinde vor.
- (6) Der Ablauf der Ruhezeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.

Abschnitt 4 Grabstätten

§ 10 Allgemeines

- (1) Die Grabstätten sind im Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Auf den Friedhöfen werden folgende Arten von Grabstätten zur Verfügung gestellt:
 - a) Reihengräber,
 - b) Wahlgräber,
 - c) Urnenreihengräber,
 - d) Urnenwahlgräber,
 - e) Urnenwand Friedhof Ihringen,
 - f) Wiesenwahlgräber,
 - g) Wiesenurnenreihengräber,
 - h) Wiesenurnenwahlgräber,
 - i) Rebenurnenreihengräber/Rebenurnenwahlgräber
 - j) Baumgräber
 - k) Anonyme Urnengräber.
- (3) Ein Anspruch auf Überlassung einer Grabstätte in bestimmter Lage sowie auf die Unveränderlichkeit der Umgebung besteht nicht.
- (4) Gräfte und Grabgebäude sind nicht zugelassen.
- (5) Tieferlegungen sind nicht zulässig.

§ 11 Reihengräber

- (1) Reihengräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, für die Bestattung von Fehlgeburten und Ungeborenen und für die Beisetzung von Aschen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zugeteilt werden.
Eine Verlängerung der Ruhezeit ist nicht möglich. Verfügungsberechtigter ist – sofern keine andere ausdrückliche Festlegung erfolgt - in nachstehender Reihenfolge
 - a) wer für die Bestattung sorgen muss (§ 31 Abs. 1 Bestattungsgesetz),
 - b) wer sich dazu verpflichtet hat,
 - c) der Inhaber der tatsächlichen Gewalt.
- (2) In jedem Reihengrab wird nur ein Verstorbener oder eine Asche, beigesetzt. Die Gemeinde kann Ausnahmen zulassen.
In Reihengräbern für Erdbestattungen können zusätzlich bis maximal zwei Urnen beigesetzt werden, wenn hierdurch die Mindestruhezeit des zuerst beigesetzten Verstorbenen nicht überschritten wird.
- (3) Ein Reihengrab kann auch nach Ablauf der Ruhezeit nicht in ein Wahlgrab umgewandelt werden.

§ 12 Wahlgräber

- (1) Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, für die Bestattung von Fehlgeburten und Ungeborenen und für die Beisetzung von Aschen, an denen ein öffentlich-rechtliches Nutzungsrecht verliehen wird. Das Nutzungsrecht wird durch Verleihung begründet. Nutzungsberechtigter ist die durch die Verleihung bestimmte Person.
- (2) Nutzungsrechte an Wahlgräbern werden auf Antrag bei
- Erdbestattungen auf die Dauer von 25 Jahren (Nutzungszeit) und
 - Urnenbestattungen auf die Dauer von 15 Jahren (Nutzungszeit)
- verliehen.
- Sie können nur anlässlich eines Todesfalls verliehen werden. Der erneute Erwerb eines Nutzungsrechtes ist nur auf Antrag möglich, wenn gleichzeitig für die Verlängerungsdauer auch die Grabpflege gewährleistet ist.
- (3) Das Nutzungsrecht entsteht mit Zahlung der Grabnutzungsgebühr. Auf Wahlgräber, bei denen die Grabnutzungsgebühr für das Nutzungsrecht nicht bezahlt ist, sind die Vorschriften über Reihengräber entsprechend anzuwenden.
- (4) Ein Anspruch auf Verleihung oder erneute Verleihung von Nutzungsrechten besteht nicht.
- (5) Wahlgräber können ein- und mehrstellige Einfachgräber sein.
- (6) In Wahlgräbern für Erdbestattungen können zusätzlich bis zu vier Urnen beigesetzt werden.
- (7) Während der Nutzungszeit darf eine Bestattung nur stattfinden, wenn die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht übersteigt oder ein Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit erneut verliehen worden ist.
- (8) Der Nutzungsberechtigte soll für den Fall seines Ablebens seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen. Dieser ist aus dem nachstehend genannten Personenkreis zu benennen. Wird keine oder eine andere Regelung getroffen, so geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten über:
- a) auf die Ehegattin oder den Ehegatten, die Lebenspartnerin oder den Lebenspartner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft,
 - b) auf die Kinder,
 - c) auf die Stiefkinder,
 - d) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
 - e) auf die Eltern,
 - f) auf die Geschwister,
 - g) auf die Stiefgeschwister,
 - h) auf die nicht unter a) bis g) fallenden Erben.

Innerhalb der einzelnen Gruppen wird jeweils der Älteste nutzungsberechtigt. Das gleiche gilt beim Tod eines Nutzungsberechtigten, auf den das Nutzungsrecht früher übergegangen war.

- (9) Der Nutzungsberechtigte kann mit Zustimmung der Gemeinde das Nutzungsrecht auf eine der in Abs. 8 Satz 3 genannten Personen übertragen. Hierfür ist die Zustimmung des alten und neuen Nutzungsberechtigten notwendig.
- (10) a) Der Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofsordnung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Wahlgrabstätte bestattet zu werden und über die Bestattung sowie über die Art der Gestaltung und der Pflege der Grabstätte zu entscheiden. Verstorbene, die nicht zu dem Personenkreis des Abs. 8 Satz 3 gehören, dürfen in der Grabstätte nicht bestattet werden. Die Gemeinde kann Ausnahmen zulassen.
b) Der Rechtsanspruch auf Bestattung des Nutzungsberechtigten besteht nicht für die Felder 1 bis 6 des Friedhof Ihringen.
- (11) Das Nutzungsrecht kann jederzeit nach Ablauf der letzten Ruhezeit zurückgegeben werden.
- (12) Mehrkosten, die der Gemeinde beim Ausheben des Grabes zu einer weiteren Bestattung durch die Entfernung von Grabmalen, Fundamenten und sonstigen Grabausstattungen entstehen, hat der Nutzungsberechtigte zu erstatten, falls er nicht selbst rechtzeitig für die Beseitigung dieser Gegenstände sorgt.

§ 12 a

Urnenreihen- und Urnenwahlgräber; Urnenwand

- (1) Urnenreihen- und Urnenwahlgräber sind Aschengrabstätten als Urnenstätten in Grabfeldern oder Nischen unterschiedler Größe (Urnenwand Friedhof Ihringen) die ausschließlich der Beisetzung von Aschen Verstorbener dienen.
- (2) In einem Urnenreihengrab kann nur eine Urne beigesetzt werden.
- (3) In einem Urnenwahlgrab können maximal vier Urnen beigesetzt werden.
- (4) In einer Nische der Urnenwand können maximal drei Urnen (Ø 18 cm) beigesetzt werden. Die Gemeinde kann Ausnahmen zulassen.
- (5) Für die Urnenwand gelten folgende Gestaltungsvorschriften:
 - a) es ist die vorhandene Abdeckplatte zu verwenden,
 - b) es dürfen Namen, Geburts- und Sterbedaten des Verstorbenen darauf angebracht werden,
 - c) Ornamente und Symbole dürfen nur vertieft eingearbeitet werden.

Die Arbeiten dürfen nur durch einen zugelassenen Fachbetrieb ausgeführt werden. Das Anbringen der Abdeckplatte ist genehmigungspflichtig.

- (6) Das Abstellen von Grabschmuck, wie Kerzen u. Ä. vor der Urnenwand ist nicht gestattet. Abgelegte Gegenstände oder Blumen werden regelmäßig entfernt.

- (7) Soweit sich aus der Friedhofsordnung nichts anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihen- und Wahlgräber entsprechend für Urnengrabstätten.

§ 12 b

Wiesengräber und Wiesenurnengräber

- (1) Wiesengräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, die als Einzelwahlgräber vergeben werden. Wiesenurnengräber werden als Reihengräber oder Wahlgräber vergeben.
- (2) Die Grabflächen sind als Rasenfläche angelegt.
- (3) Urnenwiesengräber dürfen nur mit bodenbündig verlegten bruch sicheren und überfahrbaren Grabliegeplatte bedeckt werden. Für die Grabliegeplatten gelten folgende Anforderungen:
- a) es darf nur ein Jurakalkstein verwendet werden,
 - b) die Oberflächengröße wird auf 45 cm x 45 cm festgelegt,
 - c) es dürfen Namen, Geburts- und Sterbedaten der Verstorbenen vertieft eingearbeitet werden.

Aus Gründen der Verkehrssicherheit dürfen die Oberflächen der Grabliegeplatten nicht poliert und keine aufgesetzten Ornamente oder Symbole verwendet werden.

Die Grabliegeplatten sollen zeitnah nach der Beisetzung verlegt werden.

- (4) Bei Wiesengräbern sind Grabmale bis zu einer Höhe von 1,20 m und bis zu einer Breite von 0,65 m je Einzelfläche zulässig.

Die Vorschriften des § 13 Abs. 3, 5, 6, 9 und § 16 gelten entsprechend.

- (5) Von Dritten dürfen an den Grabstätten keine Veränderungen vorgenommen und weder Bilder noch Grabschmuck, wie Kerzen u. Ä. angebracht werden. Eine Bepflanzung ist nicht zulässig, die Fläche wird in regelmäßigen Abständen gemäht. Das Abstellen von Blumen, Kränzen etc. ist nur bis zu vier Wochen nach der Beisetzung zulässig. Die mit der verantwortlichen Betreuung der Grabstätten beauftragten Personen sind grundsätzlich berechtigt, abgelegte bzw. angebrachte Gegenstände von den Grabflächen bzw. Grabmalen unverzüglich zu entfernen.

§ 12 c

Rebenuarnengräber

- (1) Auf den Friedhöfen können, abhängig von den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten, Rebengrabstätten angeboten werden.
- (2) In einer Rebengrabstätte dürfen maximal zwei Urnen beigesetzt werden.
- (3) Bepflanzungen und Pflegemaßnahmen erfolgen ausschließlich durch die Gemeinde oder durch von ihrer bestimmten Dritter. Die Regelungen des § 12b Abs. 5 finden auch bei dieser Bestattungsart Anwendung.
- (4) Für jede Rebengrabstätte gibt es einen Naturstein, an dem eine Edelstahlplatte befestigt werden kann. Es ist eine maximale Breite von 12,5 cm und einer maximalen Höhe von 12,5 cm zulässig, in die der Name, das Geburtsdatum und/oder das Sterbedatum des

Verstorbenen eingraviert wird. Die Edelstahlplatte ist an den dafür vorgesehenen Vorrichtungen anzubringen.

- (5) Soweit sich aus diesem Paragraphen nichts anderes ergibt, gelten die übrigen Bestimmungen der Friedhofsordnung für Wiesenurnengräber.

§ 12 d

Urnenbaumgrabfelder

- (1) In einem Urnenbaumgrabfeld können bis zu 4 Urnen beigesetzt werden. Die Grabstätten werden einheitlich angelegt. Die Gräber werden der Reihe nach belegt. Ein Erwerb des Nutzungsrechtes ist erst im Todesfall, für die Dauer von 15 Jahren, möglich.
- (2) Die Tiefe der einzelnen Baumgräber beträgt von der Erdoberfläche bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,3 m.
- (3) Bepflanzungen und Pflegemaßnahmen erfolgen ausschließlich durch die Gemeinde oder durch von ihrer bestimmten Dritter. Die Regelungen des § 12b Abs. 5 finden auch bei dieser Bestattungsart Anwendung.
- (4) Es besteht die Möglichkeit an der Stehle eine Edelstahlplatte mit einer Breite von 12 cm und einer Höhe von 8 cm zu befestigen, in die der Name, das Geburtsdatum und/oder das Sterbedatum des Verstorbenen eingraviert wird. Ebenfalls haben die Nutzungsberechtigten die Möglichkeit, in der dafür vorgesehenen Öffnung der Stehle, eine Blume anzubringen. Die Zuteilung des Platzes an der Stehle erfolgt gleichzeitig mit der Mitteilung über den Platz der Grabstätte.
- (5) Soweit sich aus diesem Paragraphen nichts anderes ergibt, gelten die übrigen Bestimmungen der Friedhofsordnung für Wiesenurnengräber.

§ 12 e

Anonyme Urnengräber

- (1) Im anonymen Gräberfeld wird jeder Urne ein bestimmter Bestattungsplatz zugewiesen.
- (2) Die Grabfläche ist als Wiese angelegt. Es dürfen keine Grabmale oder dergleichen aufgestellt werden. Abgelegte Gegenstände oder Blumen werden regelmäßigen entfernt.
- (3) Anonyme Urnenbestattungen finden ohne Beisein von Angehörigen und ohne Hinweis auf den Zeitpunkt statt.

Abschnitt 5

Grabmale und sonstige Grabausstattungen

§ 13

Allgemeine Gestaltungsvorschriften

- (1) Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen der Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage entsprechen.

(2) In Grabfeldern mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften müssen nach Ablauf der Frist in § 15 Abs. 1 Satz 2 Grabmale errichtet werden.

(3) Auf den Grabstätten sind insbesondere nicht zulässig, Grabmale:

- a) aus Gips,
- b) Findlinge, unbearbeitete, grellweiße und tiefschwarze Steine
- b) mit in Zement aufgesetztem figürlichen oder ornamentalen Schmuck,
- c) mit Farbanstrich auf Stein,
- d) mit Emaille, Porzellan (Ausnahme Bilder) oder Kunststoffen in jeder Form,
- e) mit Lichtbildern, die eine Größe von 4 cm Breite und 5 cm Länge überschreiten,

Dies gilt entsprechend für sonstige Grabausstattungen.

(4) Grababdeckungen bei Erdbestattungen, aus auffälligem Kies, Marmorsplitt und ähnlichen Materialien dürfen nicht mehr als 50% der Grabfläche bedecken. Der von der Grababdeckung freibleibende Teil der Grabstätte ist zu Bepflanzen.

(5) Für Grabmale dürfen Natursteine, Holz, Schmiedeeisen oder Bronze verwendet werden.

(6) Bei der Gestaltung und der Bearbeitung sind folgende Vorschriften einzuhalten:

- a) Schriften, Ornamente und Symbole sind auf das Material, aus dem das Grabmal besteht, werkgerecht abzustimmen. Sie müssen gut verteilt und dürfen nicht aufdringlich groß sein.
- b) Firmenbezeichnungen dürfen nur unauffällig und nicht auf der Vorderseite des Grabmals angebracht werden.

(7) Auf Grabstätten für Erdbestattungen sind Grabmale bis zu einer Höhe von 1,20 m und bis zu einer Breite von zwei Dritteln der Grabbreite zulässig.

(8) Auf Urnengrabstätten (ausgenommen sind Wiesen-, Reben- und Baumgrabstätten) sind liegende und stehende Grabmale bis zu einer Höhe von 0,70 m und bis zu einer Breite von zwei Dritteln der Grabbreite zulässig.

Es dürfen maximal 50 % der Grabfläche durch liegende Grabmale, Kies, Marmorsplitt oder ähnlichen Materialien bedeckt sein. Der von der Grababdeckung freibleibende Teil der Grabstätte ist zu Bepflanzen.

(9) Liegende Grabmale dürfen nur flach oder flach geneigt auf die Grabstätte gelegt werden; sie sind nicht in Verbindung mit stehenden Grabmalen zulässig.

(10) Die Gemeinde kann unter Berücksichtigung der Gesamtgestaltung des Friedhofs und im Rahmen von Abs. 1 Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 5 bis 9 und auch sonstige Grabausstattungen zulassen.

§ 14

Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften

(1) Über die Vorschriften des § 13 hinaus müssen in diesen Grabfeldern die Grabmale und sonstigen Grabausstattungen in ihrer Gestaltung, Bearbeitung und Anpassung an die Umgebung erhöhten Anforderungen entsprechen.

- (2) Grabeinfassungen jeder Art - auch aus Pflanzen – sind nicht zulässig, soweit die Gemeinde die Grabzwischenwege in den einzelnen Grabfeldern mit Trittplatten belegt. Dies gilt nicht, wenn die Grabeinfassung mit dem Bodenniveau der Trittplatten abschließt.

§ 15

Genehmigungserfordernis

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen und aller sonstigen Grabausstattungen bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung der Gemeinde.
Ohne Genehmigung sind bis zur Dauer von zwei Jahren nach der Bestattung oder Beisetzung provisorische Grabmale als Holztafeln bis zur Größe von 15 mal 30 cm und Holzkreuze zulässig.
- (2) Dem Antrag ist die Zeichnung über den Entwurf des Grabmals im Maßstab 1 : 10 zweifach beizufügen.
Dabei ist das zu verwendende Material, die Maße, seine Bearbeitung, der Inhalt und die Anordnung der Schrift, der Ornamente und Symbole sowie die Fundamentierung anzugeben. Soweit erforderlich, kann die Gemeinde Zeichnungen der Schrift, der Ornamente und der Symbole im Maßstab 1 : 1 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung und der Form verlangen. In besonderen Fällen kann die Vorlage eines Modells oder das Aufstellen einer Attrappe auf der Grabstätte verlangt werden.
- (3) Die Genehmigung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige Grabausstattung nicht innerhalb von zwei Jahren nach Erteilung der Genehmigung errichtet worden ist.
- (4) Die Grabmale sind so zu liefern, dass sie vor ihrer Aufstellung von der Gemeinde überprüft werden können.

§ 16

Standssicherheit

Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen standssicher sein. Sie sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks zu fundamentieren und zu befestigen. Steingrabmale müssen mindestens 14 cm stark und aus einem Stück hergestellt sein. Grabmale und Grabeinfassungen dürfen nur von fachkundigem Personal (i.d.R. Bildhauer, Steinmetze) errichtet werden.

§ 17

Unterhaltung

- (1) Die Grabmale und die sonstigen Grabausstattungen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten und entsprechend zu überprüfen.
Verantwortlich dafür ist bei Reihengrabstätten und Urnenreihengrabstätten der Verfügungsberechtigte, bei Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten der Nutzungsberechtigte.
- (2) Erscheint die Standssicherheit von Grabmalen und sonstigen Grabausstattungen gefährdet, so sind die für die Unterhaltung Verantwortlichen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzug kann die Gemeinde auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z. B. Umliegung von Grabmalen, Absperrungen) treffen. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Gemeinde nicht innerhalb

einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, so ist die Gemeinde berechtigt, dies auf Kosten des Verantwortlichen zu tun oder nach dessen Anhörung das Grabmal oder die sonstige Grabausstattung zu entfernen. Die Gemeinde bewahrt diese Sachen drei Monate auf. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so genügt ein sechswöchiger Hinweis auf der Grabstätte.

§ 18

Entfernung

- (1) Grabmale und sonstige Grabausstattungen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Gemeinde von der Grabstätte entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts sind die Grabmale einschließlich Fundament, Grabeinfassung und die sonstigen Grabausstattungen zu entfernen. Wird diese Verpflichtung trotz schriftlicher Aufforderung der Gemeinde innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist nicht erfüllt, so kann die Gemeinde die Grabmale und die sonstigen Grabausstattungen im Wege der Ersatzvornahme nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz selbst entfernen; § 17 Abs. 2 Satz 5 ist entsprechend anwendbar. Die Gemeinde bewahrt diese Sachen drei Monate auf.

Abschnitt 6

Herrichten und Pflege der Grabstätte

§ 19

Allgemeines

- (1) Alle Grabstätten müssen der Würde des Ortes entsprechend hergerichtet und dauernd gepflegt werden. Verwelkte Blumen und Kränze sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulagern.
- (2) Die Höhe und die Form der Grabhügel und die Art ihrer Gestaltung sind dem Gesamtcharakter des Friedhofs, dem besonderen Charakter des Friedhofteils und der unmittelbaren Umgebung anzupassen.
Bei Plattenbelägen zwischen den Gräbern (§ 14 Abs. 2) dürfen die Grabbeete nicht höher als die Platten sein. Die Grabstätten dürfen nur mit solchen Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen nicht beeinträchtigen.
- (3) Für das Herrichten und für die Pflege der Grabstätte hat der nach § 17 Abs. 1 Verantwortliche zu sorgen. Die Verpflichtung erlischt erst mit dem Ablauf der Ruhezeit bzw. des Nutzungsrechts.
- (4) Die Grabstätten müssen innerhalb von sechs Monaten nach der Belegung hergerichtet sein.
- (5) Die Grabstätten sind nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts abzuräumen.
§ 18 Abs. 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.
- (6) Das Herrichten, die Unterhaltung und jede Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Gemeinde.

- (7) In Grabfeldern mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften (§ 13) ist die gesamte Grabfläche zu bepflanzen.
Ihre gärtnerische Gestaltung muss den erhöhten Anforderungen entsprechen und auf die Umgebung abgestimmt werden; nicht zugelassen sind insbesondere Bäume und großwüchsige Sträucher, Grabgebäude aus künstlichen Werkstoffen und das Aufstellen von Bänken.
- (8) Der Nutzungsberechtigte ist für den Weg rechts neben der Grabstätte verantwortlich. Die angrenzenden Zwischenwege sind von Unkraut freizuhalten.

§ 20

Vernachlässigung der Grabpflege

- (1) Wird eine Grabstätte nicht hergerichtet oder gepflegt, so hat der Verantwortliche (§ 17 Abs. 1) auf schriftliche Aufforderung der Gemeinde die Grabstätte innerhalb einer jeweils festgesetzten angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so genügt ein dreimonatiger Hinweis auf der Grabstätte. Wird die Aufforderung nicht befolgt, so können Reihengrabstätten und Urnenreihengrabstätten von der Gemeinde abgeräumt, eingeebnet und eingesät werden. Bei Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten kann die Gemeinde in diesem Fall die Grabstätte im Wege der Ersatzvornahme nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz in Ordnung bringen lassen oder das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen. In dem Entziehungsbescheid ist der Nutzungsberechtigte aufzufordern, das Grabmal und die sonstigen Grabausstattungen innerhalb von drei Monaten nach Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheids zu entfernen.
- (2) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Abs. 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so kann die Gemeinde den Grabschmuck entfernen.
- (3) Zwangsmaßnahmen nach Absatz 1 und 2 sind dem Verantwortlichen vorher anzudrohen.

Abschnitt 7

§ 21

Benutzung der Leichenhalle

- (1) Die Leichenhalle dient der Aufnahme der Verstorbenen bis zur Bestattung. Sie darf nur in Begleitung eines Angehörigen des Friedhofspersonals, eines von der Gemeinde beauftragten Dritten, oder mit Zustimmung der Gemeinde betreten werden.
- (2) Sofern keine gesundheitlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Angehörigen den Verstorbenen während der festgesetzten Zeiten sehen.

Abschnitt 8

Haftung, Ordnungswidrigkeiten

§ 22

Obhut- und Überwachungspflicht, Haftung

- (1) Der Gemeinde obliegen keine über die Verkehrssicherungspflicht hinausgehenden Obhuts- und Überwachungspflichten. Die Gemeinde haftet nicht für Schäden, die durch nichtsatzungsgemäße Benutzung des Friedhofs, seiner Anlagen und Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Im Übrigen haftet die Gemeinde nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Vorschriften über Amtshaftung bleiben unberührt.
- (2) Nutzungsberechtigte und Verfügungsberechtigte haften für die schuldhaft verursachten Schäden, die infolge einer unsachgemäßen oder den Vorschriften der Friedhofsatzung widersprechenden Benutzung oder eines mangelhaften Zustands der Grabstätten entstehen. Sie haben die Gemeinde von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden. Gehen derartige Schäden auf mehrere Verfügungsberechtigte oder Nutzungsberechtigte zurück, so haften diese als Gesamtschuldner.
- (3) Absatz 2 findet sinngemäß Anwendung auf die nach § 4 zugelassenen Gewerbetreibenden, auch für deren Bedienstete.

§ 23

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 49 Abs. 2 Nr. 2 des Bestattungsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. den Friedhof entgegen der Vorschrift des § 2 betritt,
2. sich auf dem Friedhof nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die Weisungen des Friedhofspersonals nicht befolgt (§ 3 Abs. 1 und 2),
3. eine gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof ohne Zulassung ausübt (§ 4 Abs. 1),
4. als Nutzungs- oder Verfügungsberechtigter oder als Gewerbetreibender Grabmale und sonstige Grabausstattungen ohne oder abweichend von der Genehmigung errichtet, verändert (§ 15 Abs. 1 und 3) oder entfernt (§ 18 Abs. 1),
5. Grabmale und sonstige Grabausstattungen nicht in verkehrssicherem Zustand hält (§ 17 Abs. 1).

Abschnitt 9

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 24

Alte Rechte

Die vor dem Inkrafttreten dieser Friedhofssatzung entstandenen Nutzungsrechte enden mit Ablauf der Ruhezeit des zuletzt Bestatteten bzw. mit Ablauf des erworbenen Nutzungsrechtes.

§ 25 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 01. Januar 2026 in Kraft.
- (2) Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Friedhofsordnung vom 01. Dezember 2012, mit den jeweiligen Änderungen außer Kraft.

Ihringen, den 15. Dezember 2025

(Dienstsiegel)

Benedikt Eckerle
Bürgermeister

HINWEIS

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.